

Die Wiederkehr des europäischen Spaltpilzes

von Stefan Collignon

FTD 04.02.2003

Europa braucht ein Sofortprogramm zur Rettung seiner gemeinsamen Außenpolitik

Die gemeinsame Erklärung der acht europäischen Staats- und Regierungschefs, in der sie sich hinter die Irak-Politik von US-Präsident George W. Bush stellen, ist der Anfang vom Ende einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik. Es steht zu befürchten, dass dies nur der erste Schritt in Richtung auf ein weiteres Auseinanderdriften Europas ist, falls nicht schnell ernsthafte Konsequenzen gezogen werden.

Die Einheit Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg hatte vor allem zwei Ziele: den Vormarsch der Sowjetunion aufzuhalten und dem Ringen um ein Gleichgewicht der Mächte ein Ende zu bereiten, das die europäische Diplomatie mehr als 200 Jahre lang belastet hatte.

Unter dem Einfluss des Vaters der Europäischen Gemeinschaft, Jean Monnet, und in Anlehnung an dessen Grundgedanke „Wir knüpfen keine Koalitionen zwischen Staaten, sondern führen die Menschen zusammen“, waren die Institutionen der Gemeinschaft gedacht als Fundament für einen europaweiten Konsens bei Fragen von gemeinschaftlichem Interesse. Diese Vorgehensweise erwies sich als äußerst erfolgreich, beginnend mit der Zollunion, über einen gemeinsamen Binnenmarkt bis hin zu einer gemeinsamen Währung. Dank dieser Politik erlebt Europa derzeit die längste Phase von Frieden und Wohlstand auf dem Kontinent und eine bedeutende Angleichung der politischen Schwerpunkte.

Möglich, dass dieser Prozess bei Wirtschafts- und Unternehmensfragen leichter in Gang zu bringen war als in der Außenpolitik, dem Herzstück der nationalen Souveränität. Aber die Diskussion um die Europäische Währungsunion hat gezeigt, dass Europa zu schwach ist, um auf der Ebene der zersplitterten Nationalstaaten ein bedeutendes Maß an Souveränität auszuüben.

Die acht Staaten, die sich demonstrativ hinter den US-Präsidenten stellen, sind mit ihrem Schreiben dem deutschen Kanzler in den Rücken gefallen. Der hatte sich allerdings ungeschützt als Zielscheibe für Tony Blair angeboten. Gerhard Schröder hat nicht verstanden, dass Amerika nach wie vor der Chef im Ring ist und nicht ungestraft beleidigt werden darf. Durch das Ausnutzen der pazifistischen Stimmung im Land hat Schröder er nicht nur den Einfluss auf die US-Politik verspielt, sondern auch zur Neubelebung traditioneller britischer Machtspiele auf dem alten Kontinent beigetragen.

Nun scheint der Kontinent tatsächlich in ein „altes“ und ein „neues Europa“ zu zerfallen. Wenn die Verantwortlichen nicht rasch Institutionen für eine gemeinsame Außenpolitik und die Schaffung eines politischen Konsenses auf den Weg bringen, wird die erweiterte EU langfristig kaum eine Überlebenschance haben. Ihre Fähigkeit, Frieden und Wohlstand in der Welt zu sichern, dürfte für immer Schaden nehmen.

Drei Maßnahmen müssen sofort ergriffen werden: Zunächst muss Deutschland seine rigorose Ablehnung des Kriegs gegen Irak aufgeben. Es sollte seinen engen Verbündeten Frankreich einen Weg aus dem Schlamassel finden lassen. Schröder würde nicht zum ersten Mal seine Meinung ändern.

Zweitens muss das „alte“ Europa die Initiative ergreifen, um eine Europäische Republik zu gründen, die die gemeinsamen politischen Interessen ihrer Staatsbürger konsistent wahrnimmt. Dies beinhaltet freilich keine Abschaffung der traditionellen Nationalstaaten, sondern eine Delegation wichtiger gemeinsamer politischer Interessen an eine ordnungsgemäß legitimierte europäische Regierung.

Drittens werden Länder, die nicht Teil einer solchen Europäischen Republik werden wollen, die wirtschaftliche Integration in der erweiterten Europäischen Union vorantreiben, in der die Europäische Republik die einzige gemeinsame Stimme ihrer Bürger darstellt und verkörpert.